



03.06.2022

Beschluss des Bundesvorstandes und Hauptausschusses

Kommunalpolitische Situation in den ostdeutschen Bundesländern

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) hat sich unter der Leitung der Stv. Bundesvorsitzenden Heike Brehmer MdB in einer Arbeitsgruppe mit der kommunalpolitischen Situation in den ostdeutschen Bundesländern auseinandergesetzt.

Zum Befund:

Die Bundestagswahl 2021 hat die Strukturschwäche der Partei verschärft. In Regionen ohne Bundestags- und Landtagsmandat wird die Vernetzung der Kommunalen mit den anderen Ebenen erschwert.

Viele Kreisverbände müssen mit ehrenamtlichen oder Minijob-Strukturen organisatorisch geführt werden.

Direktkandidaten (OB, BM, LR) ohne parteipolitische Einbindung kandidieren lieber als „unabhängige“ Bewerber, um ihre Erfolgsaussichten zu erhöhen.

Bei Stichwahlen formieren sich Verhinderungsmehrheiten oft gegen unsere Bewerber.

Gebietsreformen haben die potentiell erreichbaren Mandate reduziert. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die demokratische Repräsentanz, die Anzahl der potentiell mobilisierbaren Multiplikatoren und die Parteifinanzen.

Der Umgang mit Mandatsträgern radikaler Parteien und Gruppierungen ist vor Ort, in einer Nachbarschaft und bei örtlichen Sachfragen erheblich schwieriger als auf der Ebene der Länder und des Bundes.

Listenaufstellungen zu Kommunalwahlen gestalten sich bei rückläufiger Parteienbindung und Bereitschaft zum dauerhaften verbindlichen Engagement zunehmend schwierig. Gewählte Nichtparteimitglieder von der Liste erschweren die Fraktionsarbeit. Parteilose Kandidaturen unterliegen nicht dem Parteienrecht.

Niedrige Wahlbeteiligungen gefährden die Legitimation demokratischer Entscheidungen und stärken radikale Kräfte.

Die mediale Aufmerksamkeit für Kommunalwahlen ist nur schwer zu erzielen und richtet sich oft auf eher satirische belustigende Beiträge.

Ein Klima von Hetze und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger verringert weiter die Bereitschaft sich zu engagieren. Viele fragen sich, ob sie sich und ihre Familien diesem aussetzen wollen.

Zu möglichen Maßnahmen:

Entwicklung eines Partnerschaftsprogramms zwischen Kreisverbänden mit dem Ziel, hauptamtliches Personal (mindestens in Teilzeit) in jedem Kreisverband sicher zu stellen; Entlastung des Hauptamtes durch Backoffice-Leistungen. Dazu könnte Personal an notleidende Kreisverbände ausgeliehen werden oder im Sinne eines befristeten „Home-

Office“ in die Region abgeordnet werden. Dies wäre auch eine wichtige Aufgabe des CDU-Kommunalbüros.

Entwicklung einer CDU-App zur Abwicklung der formalen Vorstandsarbeit und zur sicheren Abstimmung und Datenpflege. Bei der Auslieferung der Beitragsbescheinigung über die App wird gleichzeitig die Aktualisierung der persönlichen Daten aktualisiert.

Mehr Initiative der CDU vor Ort, in den Ländern und im Bund für eine außerordentliche Würdigung des kommunalen Ehrenamtes durch bessere finanzielle Entschädigungen und mehr Rücksicht im Sozial- und Rentenrecht. Wir wollen prüfen, in wieweit eine parteirechtliche Anpassung auch bei Fragen der Wahlkampfkosten im Verhältnis zu parteiunabhängigen Kandidaturen erforderlich wäre.

Einsatz der CDU für ein Internetregister: Feste IP Adressen führen schneller zu Klarnamen von hetzenden und gewaltbereiten Nutzern. Initiative zur Selbstverpflichtung der Medienwirtschaft in Kommentarspalten nur Klarnamen zuzulassen.

Klare Abgrenzung zu den radikalen Vertretern und Funktionären von Parteien und sachorientierte Auseinandersetzung zum Wohle der eigenen Kommune. Die CDU muss sich vor Ort um die Belange möglichst aller Bevölkerungsgruppen kümmern.